

Bewegung in einem geschlossenen Kreis?

Wladimir Putin konnte bei den Präsidentschaftswahlen bei recht hoher Wahlbeteiligung einen großen Erfolg verbuchen. Er deklassierte seine Konkurrenten in einer Weise, die in einem gewissen Kontrast zu den immer wieder aufflammenden Protesten in den verschiedenen Regionen des Landes steht. Trotz der hinter dem Wahlergebnis von 76,66 Prozent für Putin stehenden Schwankungsbreite zwischen über 93 Prozent in der Republik Kabardin-Balkarien (an der Grenze zu Georgien) und etwas mehr als 64 Prozent in der Republik Sacha (Jakutien) gibt es keinen Grund, an der Akzeptanz des Präsidenten zu zweifeln. Diese Akzeptanz ist allerdings mit keinem Programm verbunden, mit dem die Probleme Russlands gelöst werden könnten. Eine Diskussion über gesellschaftspolitische Strategien fand praktisch nicht statt. Keine der oppositionellen Gruppen war in der Lage, mit eigenen programmatischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erringen, obwohl Grudinina (für die KPRF), Titov (Partei des Wachstums – Partija Rosta) oder Javlinskij (Jabloko) programmatische Vorstellungen vorgelegt hatten, die nicht weniger konkret (oder eben nicht konkreter) als die Botschaften des Präsidenten sind. Die Bewegungen der radikalen Linken verfügen vor allem über politische, weniger über konkrete ökonomische Programme.

Dem Beobachter scheint es, als ob die „Liberalen“ (die ExponentInnen der Jelzin-Ära) mit ihren steinzeitkapitalistischen bzw. extrem-neoliberalen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und die staatskapitalistisch und sozialstaatlich orientierten Kreise sich einander angenähert hätten. Vor allem in der Problemanalyse herrscht in entscheidenden Punkten weitgehende Einigkeit. Stellvertretend sei hier Oksana Dmitrieva zitiert, eine einflussreiche Politikerin aus Sankt Petersburg, früher mit Jabloko, nun mit der Partei des Wachstums verbunden: Seit 2014 beherrschten teure Kredite, das Fehlen einer die wirtschaftliche Entwicklung stimulierenden Steuerpolitik, der Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage das Bild – und immer noch sei die grundlegende Quelle des Wachstums die Entwicklung des Ölpreises. Die vorhandenen Ressourcen der Stabilisierung- und Reservefonds würden nicht effektiv für tatsächliche Strukturveränderungen eingesetzt, vielmehr fließen Mittel immer noch in den Bankensektor. (vgl. MĚF-2018 2018) Grundsätzlich unterscheidet sich die Diagnose bei ExponentInnen anderer konzeptioneller Richtungen nicht. Angeführt werden darüber hinaus der hohe Grad der Monopolisierung bzw. Kartellierung, die Unsicherheit des Eigentums und mangelndes Vertrauen in die Regierung (womit nicht unbedingt der Präsident gemeint ist!).

Putin ist es in den Jahren als Präsident bzw. Ministerpräsident gelungen, den nachsowjetischen Staat zu konsolidieren und die verschiedenen Fraktionen des UnternehmerInnenentums in eine eigene Art staatsmonopolistischer Struktur zu zwingen. Dabei konnte er sich auf eine günstige Entwicklung der Öl- und Rohstoffpreise stützen. Verschmelzung von Staat und Unternehmertum, Personalunionen und Rotation von Personal zwischen Staat und Wirtschaft und Korruption als Umverteilung zwischen Staatsapparat und Wirtschaft sind bekannte Merkmale dieses Systems, wie auch die völlig untergeordnete Rolle der Gewerkschaften. Es sind Herrschaftsstrukturen, wie sie auch in den USA oder in Deutschland bestehen – lediglich in einiger Hinsicht ins Extrem getrieben. Putin destabilisiert Russland nicht, wie Umland behauptet, sondern er gibt der Instabilität einen Rahmen – das ist ein erheblicher Unterschied. Die Instabilität selbst hängt vor allem mit der Entstehung der postsowjetischen Oberschicht zusammen, für die die soziale Ungleichheit und Instabilität konstituierendes und legitimierendes Moment war. (vgl. Livšić 2017, 24) Der sowjetisch-russische Sozialwissenschaftler Konstantin Mikul'skij hebt hervor, dass der russische Kapitalismus eben nicht durch eine spontane „ursprüngliche Akkumulation“ oder koloniale Strukturen entstanden ist, sondern ein Werk zielgerichteten staatlichen Handelns war. Er charakterisiert ihn als „postsozialistischen Typ der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft und der Gesellschaft

insgesamt, bürokratischen Kapitalismus, der dem Wesen der Sache nach die Epoche des sowjetischen Sozialismus vollendet.“ (Mikul’skij 2017, 8f.)

Das erklärt auch die hohen Erwartungen an den Staat, durch sein Handeln als politischer Faktor und Unternehmer der Wirtschaft Impulse zu verleihen und den sozialen Ausgleich zu befördern. Das kann er aber bisher nicht bzw. nicht in dem erforderlichen Maße leisten, was durch die Anfang der 2000er Jahre günstige Rohstoffpreisentwicklung verdeckt wurde. Es gibt aber auch keine andere soziale Kraft, die das erzwingen könnte. Ruslan Grinberg, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften, konstatiert eine „Dollarisierung des Bewußtseins“, d.h. die Umsetzung von höheren Einkommen und Unternehmensgewinnen nicht in Investitionen, sondern in Finanzanlagen oder importierte Konsumgüter. (Grinberg 2018)

Der Druck des Westens auf Russland hat offensichtlich in bestimmten Teilen der Oberschichten eher zu einer wachsenden Akzeptanz des putinschen Kurses als zur Vorbereitung einer „nachputinschen“ Lösung beigetragen, wie sie etwa Andreas Umland als Unterordnung Russlands unter die Interessenkonstellationen der EU und der USA skizziert. (vgl. Umland 2018) Jedenfalls gilt einer der Konstrukteure der „Schocktherapie“ Tschubais jetzt als wichtiger Berater des Präsidenten. Aleksej Kudrin, ein anderer Exponent der Jelzin-Zeit und später auch unter Putin Minister, führt das Zentrum für strategische Studien (ZSR), das den Präsidenten in wirtschaftspolitischen Fragen berät und in dem sich die neoliberale ÖkonomInnenfraktion konzentriert. Im Moskauer Wirtschaftsforum sammeln sich um den Unternehmer Konstantin Babkin und Grinberg die eher staatskapitalistisch-sozialstaatlich orientierten Kreise. Damit scheinen sich im „herrschenden Block“ Veränderungen vollzogen zu haben, die für die Beurteilung der Perspektiven des russischen Weges von Bedeutung sein könnten. Auf der Wahlparty des Präsidenten bezeichnete ein russischer Künstler den Kurs als „aufgeklärten Konservatismus“. Und dieser Konservatismus gibt offensichtlich den Raum, in dem die verschiedenen Strömungen im herrschenden Block sich momentan bewegen können. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich in den Eliten ein Generationswechsel vollzieht. Die Privatisierung des gesellschaftlichen Reichtums erscheint ihr normal – und der Staat scheint dabei nicht mehr Teil dieser Privatisierung, sondern Hindernis. Damit steht die Entwicklung in Russland nicht im Gegensatz, sondern ganz im Gegenteil im Trend der westlichen Welt, wie z.B. für Deutschland das „Werte-Manifest“ aus der CDU zeigt. (vgl. CDU 2018) In vielem erinnert der derzeitige Kurs der russischen Führung an die Versuche Merkles, Kontinuität zu zeigen. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass sich in Deutschland unter diesem rhetorischen Schutzschirm beständig tatsächlich tiefgreifende Veränderungen des Herrschaftsmodus vollziehen, was für Russland so nicht gilt.

Stabilität aus Stagnation?

In einem Sammelband, herausgegeben von der Russländischen Akademie der Wissenschaften, stellen der AutorInnen des ersten Beitrages die Frage, ob sich Russland bei der Entwicklung seiner Wirtschaftsstrategie nicht in im Kreis bewege. (vgl. Alekseev/Kuznecova 2017) Ausdruck dessen ist die übereinstimmend konstatierte Stagnation im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich. Wichtige Kennziffern, wie vor allem die Arbeitsproduktivität, die Daten zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur und die sozialen Indikatoren bestätigen dies.

	2005	2010	2012	2013	2014	2015
Index der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr	105.5	103.2	103.5	101.8	100.7	97.8

(Surinov 2017, 94 Tab. 6.4.)

Die Investitionen entwickelten sich ähnlich rückläufig.

Gini coefficient (index of income concentration)	0.289	0.395	0.409	0.421	0.420	0.419	0.416	0.413	0.414
--	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

(Surinov 2017, 129 Tab. 7.10.)

Trotz Sanktionen und der zurückliegenden Krise ist die Zahl der Millionäre und Milliardäre gewachsen, wobei sich gleichzeitig die Schere zwischen den reichsten 10 Prozent und den ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung weiter geöffnet hat. In kaum einer der Kennziffern der sozialen Entwicklung sind positive Trends zu beobachten.

Zwar wird zum 1. Mai 2018 der Mindestlohn auf 11.163 Rubel steigen und damit dem offiziell festgelegten Existenzminimum entsprechen (vgl. Kaljukov 2018); allerdings müsste das Existenzminimum real zwischen 25-30 Tsd. Rubeln liegen. (vgl. Bobkov 2018) 2016 hatten 13,5 Prozent der Bevölkerung Geldeinkommen, die unter dem amtlichen Existenzminimum lagen. Der Anteil ist seit 2012 (10,7 Prozent) wieder gewachsen. (vgl. Surinov 2017, 117ff. Tab. 7.1.) Unter der Maßgabe des berechneten realen Existenzminimums gibt diese Kennziffer allerdings ein nur unvollständiges Bild der Armut im Lande. Berechnungen der Moskauer Wirtschaftshochschule von Mitte 2016 besagen, dass bei 41,4 Prozent der Bevölkerung die Geldeinkommen nicht für die ausreichende Versorgung mit Kleidung und Nahrung reichen. Von Armut betroffen seien vor allem junge Familien. Der vorherrschende Typ der Armut sei in Russland die Armut der arbeitenden Bevölkerung. (vgl. Livšic 2017, 20 und 25)

Lediglich die Kindersterblichkeit ist weiter gesunken auf 6/1000 (2000 noch 15,37, EU: 3,7) (Surinov 2017, 82 Tab. 5.5.) und die Lebenserwartung ist auf durchschnittlich 71,9 Jahre, bei Männern 66,5 Jahre und bei Frauen 77,1 Jahre, gestiegen. (ebd., 84 Tab. 5.8.)

Nach Umfragen steht unter den eingeforderten Menschenrechten für eine wachsende Zahl die Sicherung der medizinischen Versorgung an erster Stelle, was sich auch an der wachsenden Zahl von entsprechenden Eingaben an die Menschenrechtsbeauftragte der Regierung zeigt. Weitere Spitzenpositionen nehmen das Recht auf kostenlose Bildung, das Recht auf Wohnraum und auf gerechte Bezahlung ein. Pikanterweise wurden beim Bau des Kosmodroms „Vostočnyj“, einem der technologischen Großprojekte Russlands, Löhne im Umfang von 400 Mio. Rubel nicht ausgezahlt. Betroffen waren 6 Tsd. Beschäftigte. Erst durch Intervention des Menschenrechtsbeauftragten kam Bewegung in die Angelegenheit. Die in der Umfrage und in dem Bericht zu den Aktivitäten der Menschenrechtsbeauftragten der Regierung angeführten Aktivitäten erklären, warum im vergangenen Jahr die Forderung nach gerechten Gerichten stark an Gewicht gewonnen hat. (Moskal'kova 2018) Zwei Drittel der arbeitsrechtlichen Beschwerden gegenüber Unternehmen bleiben erfolglos – teils wegen des Zustandes in den Arbeitsgerichten und den staatlichen Aufsichtsbehörden, teils wegen vielfältiger Möglichkeiten der Unternehmen, durch Druck und andere Methoden Schutzrechte zu unterlaufen. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften trotz vorhandener Möglichkeiten hier kaum eine Rolle spielen: nur 5 Prozent der Beschwerden der Beschäftigten liefen über sie. Lediglich 15,9 Prozent der Beschäftigten sind überhaupt Mitglieder von Gewerkschaften. (vgl. Podcerob 2018) Das hängt auch damit zusammen, dass sowohl UnternehmerInnen wie auch der Staat und die Justiz diese vor allem als Störfaktor verstehen, wie eine Studie zur Realität der gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheit zeigt. (vgl. Ostrovskaja 2018)

Wer kann einen Kurswechsel einleiten?

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum das Urteil über den Charakter des russischen Kapitalismus im Land selbst unverändert hart ausfällt. Die herrschenden Eliten werden allgemein als unfähig angesehen, den notwendigen wirtschaftspolitischen Kurswechsel zu vollbringen. Die Adjektive lauten „klanartig-bürokratisch“ (Grinberg), „kriminell-kapitalistisch“ (Mikul'skij) u.ä. Die

Antworten auf die absehbaren Herausforderungen der stagnativen Tendenzen sind uneinheitlich, drehen sich aber immer um die Rolle des Staates, wenn auch je nach Interessenlage in unterschiedlicher Weise. Für breitere Teile der Bevölkerung ist die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums (wieder) von zentraler Bedeutung: Wenn 1989 64 Prozent der Befragten sich dafür aussprachen, dass die Einmischung des Staates in die Einkommensverteilung auf ein Minimum reduziert werden müsse, so sind es heute nur noch 27 Prozent. Die Idee der Begrenzung der Einkommen Reicher wird heute von bedeutend mehr Menschen geteilt als in den Jahren der Perestroika in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und in den frühen 1990ern. (vgl. Livšic 2017, 43) Allerdings sind die Einkommensunterschiede in den Staatsunternehmen selbst exorbitant: Das Einkommen einer Führungskraft im „Top-Management“ der Sberbank übersteigt das eines „durchschnittlichen“ Beschäftigten um den Faktor 216, bei Gazprom und der VTB-Gruppe beträgt dieser Wert 130. (vgl. ebd., 42)

Ruslan Grinberg, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften, fordert, dass „Väterchen Zar“ die „schlechten Bojaren“ von Hof jagen solle. (vgl. Grinberg 2018) Freilich ist das, wie er selbst eingesteht, eine recht hilflose Forderung und er ist pessimistisch hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit. Klar ist, dass die Balance zwischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ansprüchen ohne eine deutliche Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung bei gleichzeitiger Modernisierung der Wirtschaft nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann. Allen ist bewusst, dass ein Strukturwandel nötig ist – aber der Staat gewinnt seine haushaltspolitische Handlungsfähigkeit aus den „alten“ Strukturen, also der Abhängigkeit von den Einnahmen aus der extraktiven Industrie. Die EntscheidungsträgerInnen, wie sie sich auch immer zu Putin positionieren, hängen von dieser Logik ab. Die Zustimmung zu Putin erklärt sich vor diesem Hintergrund aus der Erwartung, dass die Probleme doch noch von oben, von einer über den Verteilungskämpfen stehenden Macht im „allgemeinen Interesse“ gelöst werden. Während die „regulationstechnische“ Seite und die notwendige Richtung des Umbaus relativ klar ist, bleibt völlig offen, wie dieser politisch durchgesetzt werden kann. Dies zeigt sich z.B. in der Reaktion auf das Programm des in den Präsidentschaftswahlen zweitplatzierten Pavel Grudinin (für KPRF): Er fordert einen grundlegenden Wechsel der Wirtschaftsstrategie, die Lösung Russlands aus den internationalen finanzkapitalistischen Strukturen, die Nutzung der Kreditressourcen für die Wiederherstellung der Wirtschaft, eine Modernisierung der Wirtschaft und ihre Überführung auf den Weg der Innovation, die Durchsetzung der Ernährungssouveränität Russlands, einen „Wiederaufstieg der russischen Provinz“, Kontrolle über die Preise von Erzeugnissen des Grundbedarfs, Mieten und kommunale Dienstleistungen, gerechte Steuern – vor allem hinsichtlich der Einkommensteuer und Abschaffung der Mehrwertsteuer, die Wiederherstellung des Rechtes auf Arbeit und des 8-Stunden-Tages sowie ausreichende Arbeitseinkommen, Rekonstruktion der sozialen Bereiche, allseitige Fürsorge für Mütter und Kinder, menschenwürdige Renten, Förderung der kulturellen Strukturen, Belegung des Baus von bezahlbaren Wohnungen, Unterstützung von Opfern von Kreditbetrügereien, Gewährleistung des Umweltschutzes, Sicherung der Verteidigungsfähigkeit des Landes und eines hohen technologischen Niveaus der Rüstungsindustrie, eine gerechte Gerichtsbarkeit, die auf der Seite des Gesetzes, der Bürger und der Gesellschaft, nicht der Oligarchen steht, die Wiederherstellung der Souveränität des Volkes und einer Regierungsform, die dem Volk gegenüber verantwortlich ist (einschließlich der Verantwortlichkeit des Präsidenten gegenüber dem Parlament) und schließlich die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates. (vgl. Grudinin 2018) Letztlich ist es ein sozialdemokratisches Programm, das wesentliche Felder auslässt (etwa die Geschlechterpolitik) und an dem entscheidenden Manko leidet, dass es eben keine Sozialdemokratie in Russland gibt, wenn auch SozialdemokratInnen. Ihm wurde vorgeworfen, seine Forderungen seien nicht realisierbar, obwohl sie sich in vielen Punkten (etwa der Orientierung auf Innovation und Strukturumbau) kaum von denen der Putinschen Botschaften oder anderer politischen

Gruppierungen unterscheiden. Auch die mit seinen Vorschlägen verbundene Stärkung der Massenkaufkraft steht den Vorstellungen des staatskapitalistisch-sozialstaatlichen Blocks recht nahe. Die Veränderung des politischen Systems ist freilich angesichts des fragilen Machtgleichgewichtes im Lande für die Eliten verschreckend. Demgegenüber ist auch hier die Forderung nach Veränderungen im Gerichtswesen eine, die breit getragen werden dürfte.

Der wachsende Stellenwert der Forderung nach einer zuverlässigen Gerichtsbarkeit könnte ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Schichten der russischen Gesellschaft sein – als Sicherheit von Arbeitsverhältnissen, Wohnraum usw. für die einen, Sicherheit unternehmerischen Handelns und des Eigentums für die anderen. Eine stabile Staatlichkeit ist aber auch dabei, völlig unabhängig von den außenpolitischen Gegebenheiten, von zentraler Bedeutung. Bisher stützt sich diese auf einen hohen Staatsanteil in der Wirtschaft und die damit verbundene Verflechtung von Staat und Wirtschaft. Bisher wird dieser Staatsanteil vor allem unter fiskalischem Gesichtspunkt, als Quelle der Staatsfinanzen behandelt, nicht als Ausgangspunkt der Strukturveränderung. Dieser Staatsanteil und die Richtungen staatlicher Intervention sind Ansatzpunkt der unterschiedlichen Konzepte. Grudin und Grinberg fordern mit unterschiedlichen Akzenten einen aktiven und eingreifenden Sozialstaat, während Aleksej Kudrin und das von ihm geleitete ZSR, das Gaidar-Institut sowie das mit dem Unternehmer und Kopf der Partei des Wachstums Titov verbundene Stolypin-Institut auf der Position einer strikt unternehmensorientierten Wirtschaftspolitik stehen. Kudrin z.B. setzt sich für eine streng am Wachstum des Bruttosozialproduktes und die Beförderung der „unternehmerischen Initiative“ orientierte Haushaltspolitik ein. (vgl. Kudrin/Knobel' 2017) Nach den Worten von Grinberg interessiert ihn vor allem die Sicherheit des Eigentums und alles andere werde sich dann schon finden. (Grinberg 2018) Das von Kudrin geleitete ZSR fordert entsprechend die Privatisierung staatlichen Eigentums unter der Devise: Wenn nicht bewiesen werden kann, dass man es braucht, soll es verkauft werden. (vgl. Radygin et al. 2018) Der Staat solle gegenüber der Wirtschaft und den BürgerInnen eine dienstleistende Funktion einnehmen – die Ähnlichkeiten zu entsprechenden Konzepten in Deutschland, dass Kommunen wie Unternehmen zu führen seien, ist auffällig. (vgl. Maslov et al. 2018)

Modernisierung per Erlass?

Stellt man den hier nur kurz skizzierten Tendenzen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und den Charakter des in Russland entstandenen politischen Systems in Rechnung so wird verständlich, warum sich die wirtschaftskonzeptionellen Debatten in Russland in einem derartigen Maße um Fragen drehen, die Planungsprozesse betreffen. Diese Position wird durchaus auch Exponenten der wirtschaftsliberalen Richtung geteilt. „In der gegenwärtigen komplizierten ökonomischen und geopolitischen Situation kann sozial-ökonomische Wachstum nur durch Nutzung der Planung erreicht werden, die wir aus unbekanntem Gründen nach dem Zusammenbruch der UdSSR beiseite gelegt haben, obwohl sie zum wichtigsten Hebel wirtschaftlichen Wachstums zusätzlich zur Marktstimulierung werden kann.“ (Aganbegjan 2018, 19) Dabei geht es den verschiedenen Fraktionen nicht um Kapitalismus oder nicht, um die „unternehmerische Initiative“ oder nicht – es geht um den Weg, auf dem der russische Kapitalismus überlebensfähig gemacht werden kann. Allerdings widersprechen die dürftigen Resultate dem Umfang der Literatur zum Thema „strategische Planungen“... (vgl. z.B. eine Übersicht in Čarkina 2017)

Das bisherige Instrument der Kanalisierung des Bedürfnisses nach Modernisierung waren die Vorgaben des Präsidenten, die er in seinen Auftritten „zur Lage der Nation“ immer wieder gemacht hatte. Die Richtung dieser Aufträge an die Regierung waren in der gebotenen Allgemeinheit sicher richtig, allerdings haben sie kaum die Umsetzung erfahren, die die gewählten Formulierungen nahelegten. Im Jahr 2017 hatte der Präsident eine Verordnung über eine Strategie der

wirtschaftlichen Sicherheit der Russischen Föderation bis 2030 erlassen, die die aus dem Jahr 1997 ablöste. (Putin 2017) Mit seiner Botschaft an die Föderalversammlung vom 1. März 2018 griff er diese Ansätze auf und verband durchaus geschickt die Strategie zur weiteren Entwicklung des Landes mit seiner Person. (Putin 2018b) Die Schwerpunktsetzungen entsprechen den allgemein anerkannten Schwachpunkten der russischen Wirtschaft: Die Verkehrsinfrastruktur, die Innovationsfähigkeit, das Niveau der Arbeitseinkommen, Wohnungsbau, Gesundheitswesen usw. Als Weg sieht er eine verstärkte Partnerschaft von Staat und Wirtschaft bei der Realisierung wirtschaftlicher Projekte, wobei die Form erst einmal offenbleibt. Er kündigte Zinssenkungen und eine Erhöhung der Rechtssicherheit für Unternehmen sowie die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere auch von start ups an. Allerdings wird auch deutlich, dass Putin sich eng an die Konzepte Kudrins und seiner MitarbeiterInnen anschließt und ihnen lediglich eine stärkere paternalistisch-soziale Komponente gibt.

Ein reichliches Drittel der Rede nahm die Präsentation der Ergebnisse der Modernisierung der Streitkräfte ein – ein in seinen Konsequenzen erheblicher Posten in den zukünftigen Staatsausgaben. Ein Punkt wurde nicht angesprochen – die Festigung der Rechtssicherheit für die abhängig Beschäftigten und für die Gewerkschaften. Ebenso wenig spielte die Geschlechterpolitik eine Rolle. Wenige Tage später wurden die Ministerien beauftragt, aus den Vorgaben des Präsidenten Vorschläge für Aktivitäten in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen zu erarbeiten. Diese sollen im Juli in wesentlichen Punkten vorliegen. (vgl. Putin 2018a) Die Kosten der Putinschen Vorhaben sollen sich nach ersten Berechnungen auf 8 Trillionen Rubel (etwa 106 Bill. Euro) im Verlaufe von 6 Jahren belaufen. Ob aus einem geschickten Schachzug eine in der Praxis wirksame Richtungsentscheidung wird, bleibt abzuwarten.

Quellen

- Aganbegjan*, Abel G. (2018). Na puti k civilizovannomy rynku, in: *Vestnik IÉ RAN*, Vol. 12(1), 7–26
- Alekseev*, A.V./*Kuznecova*, N.N. (2017). Rossijskij opyt razrabotki strategij nacional'nogo razvitija - putešestvie po zamknutomu krugu?, in: *Gerasimov*, V.I. (Hrsg.): *Rossija: Tendencii i perspektivy razvitija*. Ežegodnik. Vypusk 12. Čast' 3, Moskva: RAN. INION, 11–16, abrufbar unter: <http://inion.ru/publishing/publications/rossiia-tendentsii-i-perspektivy-razvitiia-ezhegodnik-12-3/>
- Bobkov*, Vjačeclav (2018). K čemu privedjot likvidacija „prožitočnogo minimuma“?, abrufbar unter: http://www.aif.ru/money/opinion/k_chemu_privedyot_likvidaciya_prozhitocnogo_minimuma (letzter Zugriff: 10.4.2018)
- Čarkina*, Elena Sergeevna (2017). Razvitie proektnogo podkhoda v sisteme gosudarstvennogo upravlenija: metodologija, opyt, problemy, Moskva: Institut ékonomiki RAN, abrufbar unter: https://inecon.org/docs/2017/Charkina_paper_2017.pdf
- CDU* (2018). Konservatives Manifest der Werte-Union, abrufbar unter: <http://www.theeuropean.de/dokumentation/13828-konservatives-manifest-der-werte-union> (letzter Zugriff: 10.4.2018)
- Grinberg*, Ruslan S. (2018). Na ékonomičeskom forume predlagali, čtoby batjuška-zar' prognal plochich bojar, in: *RTVI*, abrufbar unter: <https://rtvi.com/vy-derzhites/ruslan-grinberg-na-ekonomičeskom-forume/> (letzter Zugriff: 12.4.2018)
- Grudin*, Pavel (2018). 20 šagov Pavla Grudinina. Kandidat v prezidenty Rossii obraščaetsja k každy, in: *Pavel Grudin*, abrufbar unter: <http://grudininkprf.ru/programma> (letzter Zugriff: 18.4.2018)
- Kaljukov*, Evgenij (2018). Putin podpisal zakon o dosročnom uravnavanii MROT i prožitočnogo minimuma, in: *PBK*, abrufbar unter:

- <https://www.rbc.ru/economics/07/03/2018/5a9feb939a794758772256ca> (letzter Zugriff: 10.4.2018)
- Kudrin, A./Knobel', A.* (2017). Bjudžetnaja politika kak istočnik èkonomičeskogo rosta, in: *Voprossy èkonomiki*, (10), 5–26
- Livšic, V. N.* (2017). Bednost' i neravenstvo dochodov naselenija v Rossii i za rubežom, Moskva: Institut èkonomiki RAN
- Maslov, D.V./Dmitriev, M.È./Ajbazjan, Z.S.* (2018). Gosupravlenie buduščego: ruljat processy, a ne funkcii, in: *CSR*, abrufbar unter: <https://www.csr.ru/issledovaniya/gosupravlenie-budushhego-rulyat-protsessy-a-ne-funksii/> (letzter Zugriff: 12.4.2018)
- MÉF-2018* (2018). I. Plenarnaja diskussija „Buduščee Rossii: vyzovy, strategii, mehanizmy dostiženija uspecha“, in: *MÉF-2018*, abrufbar unter: <http://me-forum.ru/media/events/mef-2018-i-plenarnaya-diskussiya-budushchee-rossii/> (letzter Zugriff: 12.4.2018)
- Mikul'skij, Konstantin* (2017). O politèkonomičeskich osnovach sovremennogo rossijskogo obščestva, in: *Obščestvo i èkonomika*, (12), 5–9
- Moskal'kova, Tat'jana* (2018). Doklad o dejatel'nost' Upolnomočennogo po pravam čeloveka v Rossijskoj Federacii za 2017 god, in: *Rossijskaja gazeta*, abrufbar unter: <https://rg.ru/2018/04/16/doklad-site-dok.html> (letzter Zugriff: 17.4.2018)
- Ostrovskaja, Julija E.* (2018). Obščij obzor situacii v sfere svobody ob"edinenija v profsojuzy v Rossii po itogam monitoringa 2015-2017 godov, in: *Gerasimova, E.S./Ostrovskaja, Ju.E./Bizjukov, P.V.* (Hrsg.): *Svoboda ob"edinenija v sovremennoj Rossii: praktika, problemy, opyt zaščity*, Moskva: Centr social'no-trudovych prav, 81–126, abrufbar unter: <http://labourmonitor.org/wp-content/uploads/2018/03/FoA2015-2017.pdf>
- Podcerob, Marija* (2018). Počemu dve treti žalob na rabotodatelej ne dajut pezul'tata, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/management/articles/2018/04/03/755661-zhalob-rabotodatelei> (letzter Zugriff: 4.4.2018)
- Putin, Vladimir* (2018a). Instructions on implementation of Presidential Address to the Federal Assembly, in: *President of Russia*, abrufbar unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/57078> (letzter Zugriff: 20.4.2018)
- Putin, Vladimir* (2018b). Presidential Address to the Federal Assembly, in: *President of Russia*, abrufbar unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/56957> (letzter Zugriff: 19.4.2018)
- Putin, Vladimir* (2017). Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: O strategii èkonomičeskoi bezopasnosti Rossijskoj Federacii na period do 2030 goda (13.05.2017), Moskva, abrufbar unter: http://www.gks.ru/free_doc/new_site/besopasn/ukaz-208.pdf (letzter Zugriff: 8.4.2018)
- Radygin, A.D./Aksenov, I.V./Mal'ginov, G.N./Éntov, R.M./et al.* (2018). Gossektor èkonomiki: inercija ili èffektivnost'?, in: *Centr strategičeskich razrabotok*, abrufbar unter: <https://www.csr.ru/issledovaniya/gossektor-ekonomiki-inertiya-ili-effektivnost/> (letzter Zugriff: 12.4.2018)
- Surinov, A.* (Hrsg.) (2017). *Russia in Figures. 2017: Statistical Handbook*, Moskva: Federal State Statistic Service (Rosstat), abrufbar unter: http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/publications/catalog/doc_1135075100641
- Umland, Andreas* (2018). Das Regime destabilisiert Russland, abrufbar unter: <http://www.theeuropean.de/umland-andreas/13809-das-regime-destabilisiert-russland> (letzter Zugriff: 10.4.2018)